

(Katrin Möller)

Qualität meint hier vor allem auch die Einhaltung des Fachkräftegebots. Wir wollen dazu ein neues Finanzierungsmodell, das einwohnerbezogen eine Grundausstattung in den Sozialräumen gewährleistet. Außerdem soll es bei besonderen sozialräumlichen Erfordernissen eine zusätzliche Finanzierung geben. Wir brauchen einen breiten öffentlichen Dialog mit den Bezirken, den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und den Nutzerinnen und Nutzern der Angebote. Ich finde es gut, dass wir heute schon mit dieser Diskussion anfangen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Eggert das Wort. – Bitte sehr!

Björn Eggert (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Möller! Ich danke Ihnen für diesen Antrag, Ihnen und der Linken! Ich finde, das ist ein sehr konstruktiver und guter Antrag.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Aber ...! von der LINKEN]

– In meinem Manuskript kommt kein Aber, machen Sie sich deswegen keine Sorgen! Ich komme mit schlaun Veränderungen, die ich mir schon im letzten Plenum aufgeschrieben hatte. – Die angesprochenen Probleme der bezirklichen Jugendarbeit sind seit Langem bekannt – das haben Sie eben auch noch mal ausgeführt – und wurden auf Bitte des Rates der Bürgermeister bereits in der letzten Legislaturperiode im Rahmen einer Lenkungsgruppe detailliert bearbeitet. Die Lösungsvorschläge konnten – das ist sehr bedauerlich; das bedauere ich für diese Koalition, aber auch für die letzte Legislaturperiode – nicht die Mehrheit im Rat der Bürgermeister finden. Vielleicht – das ist eine Hoffnung – werden ähnliche Vorschläge oder das, was wir jetzt gemeinsam erarbeiten, in dieser Legislaturperiode eine Mehrheit finden.

Derzeit liegt im Rat der Bürgermeister eine neue Vorlage des SPD-geführten Bezirks Lichtenberg zum Rahmenvertrag Jugendarbeit vor. Das war zur letzten Plenarsitzung auch schon der Fall. Es wurde dann beraten. Die Lenkungsgruppe arbeitet weiter. Es gibt aber noch keinen endgültigen Vorpunkt.

Mein besonderer Dank gilt – sozusagen als Grußwort – den Kolleginnen und Kollegen der BVV Lichtenberg, die das mit erarbeitet haben. Ich finde das Papier und den ersten Entwurf sehr gut. Ich denke, es wird sinnvoll sein, dass wir die Beratung mit den Bürgermeistern fortsetzen, dass wir die Beratung auch im Ausschuss fortsetzen. Deswegen beantragen wir auch die Überweisung.

Der Antrag der Fraktion der Linken orientiert sich weitgehend an der Vorlage, die aus Lichtenberg gekommen ist. Es ist jedoch nicht ausreichend, einen breiten und öffentlich geführten Dialog – wie es im Antrag heißt – zur Finanzierung der Berliner Jugendarbeit zu beginnen, solange die Hindernisse vor allem dadurch hervorkommen, dass es einen Eingriff in die Globalsummenbudgetierung bedeutet. Dieser ist leider nicht der Wunsch der Bezirke. Dass die Landesebene hier eingreifen soll, ist nicht der Wunsch der Bezirke. Wir werden als Koalition gern mit Ihnen über diesen Antrag diskutieren, werden ihn im Ausschuss besprechen.

[Uwe Doering (LINKE): Nicht nur diskutieren,
auch zustimmen!]

Da zitiere ich den Kollegen Lux aus der letzten Sitzung: Der Antrag wird das Parlament nicht so verlassen, wie er eingereicht wurde. – Ein super Spruch vom Kollegen Lux! Wir werden ihn jetzt öfter in der Koalition verwenden.

[Oh! von der LINKEN –
Benedikt Lux (GRÜNE): Ist von mir!]

Ich lade daher, auch im Namen der Koalition, alle Fachfrauen und -männer ein, mit uns im Ausschuss über diesen Antrag zu sprechen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Eggert! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Burkert-Eulitz das Wort.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schön, dass jetzt auch Frau Scheeres da ist!

[Senatorin Sandra Scheeres: Ich bin schon
die ganze Zeit da!]

Noch einmal kurz: Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung. – Das ist die Wiederholung von dem, was Frau Möller schon festgestellt hat. – Dafür sind die zur Förderung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.

Trotzdem wird an der Jugendförderung in Berlin seit langer Zeit unverantwortlich gespart. Sowohl die Bezirke als auch der Senat stellen in ihre Haushalte für die allgemeine Förderung und Prävention immer nur Krümelsummen ein, während die Kosten für die Folgen verabsäumter rechtzeitiger Förderung immer schneller in astronomische Höhen wachsen. In Zeiten knapper Kassen glauben leider viele, dass man sich gute Brunnendeckel gerade nicht leisten kann. Die Rettungseinheiten mit dem schweren Bergungsgerät müssen wir uns dann allerdings

(Marianne Burkert-Eulitz)

leisten. Trotzdem werden wir zu viele Kinder und Jugendliche verlieren. Selbst wenn die Folgen der vorenthaltenen Förderung nicht unmittelbar sichtbar werden – wie viele Talente bleiben unentdeckt, wie viele Fähigkeiten, die uns allen nützen würden, können sich nicht entfalten! Hier verschleudert unsere Gesellschaft ihren Reichtum.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Katrin Möller (LINKE)]

Deshalb ist die Forderung, die Finanzierung der Jugendförderung auf solide Füße zu stellen und den Kindern und Jugendlichen in Berlin endlich die Angebote zur Verfügung zu stellen, die ihnen zustehen, richtig. Allerdings brauchen wir mehr als nur ein neues Finanzierungsmodell für gute Kinder- und Jugendeinrichtungen. Die Bezirke sparen nicht aus purer Ignoranz an der Jugendförderung, sondern weil sie mit den vielen zusätzlichen Aufgaben bei gleichzeitigen immer neuen Sparrunden und Personaleinsparungen, die ihnen in den vergangenen Jahren auferlegt worden sind, überfordert sind. Wenn der Prozess einer Neuausrichtung der Jugendförderung dieses Mal nicht wieder scheitern soll, brauchen die Bezirke dazu eine verlässliche Grundlage. Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Schwerpunkte der Politik in Berlin, welche dann auch mit entsprechenden Mitteln untersetzt werden müssen. Dazu gehört eine gründliche Aufgabenkritik, die in Berlin schon lange verschleppt wird, und der Abschied von einigen teuren Prestigeobjekten, die unser Regierender Bürgermeister so gerne noch einweihen möchte.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Die Konzentration auf das Wesentliche ist umso dringender, als die nächsten Finanzdesaster schon unaufhaltsam auf Berlin zurollen und die Lage massiv verschärfen werden. Mit nur wenigen Prozenten der Summe, die jetzt durch das Wunder Nachtragshaushalt und Steuermehreinnahmen auf uns herniederschwebt, um die Fehlleistungen des BER-Aufsichtsrates aufzufangen, hätte man die Jugendförderung in den Bezirken bis zum Ende der Legislaturperiode auf deutlich gesündere Füße stellen können.

Kurz zum Änderungsantrag der Piraten: Was wir nicht brauchen, sind neue Gutachten und Studien. Wir haben bereits eine mehrjährige Debatte hinter uns. Die Fachleute in der Jugendförderung und den Jugendverwaltungen sind sich über Bedarf und Qualitätsstandards längst einig. Die Ergebnisse dieser Fachdebatte konnten nur nicht umgesetzt werden, da die erforderlichen Mittel fehlten, um aus dem Dilemma herauszukommen, dass eine gewünschte Qualitätsverbesserung nur durch eine weitere Einschränkung des bereits jetzt nicht ausreichenden Angebotes möglich wäre.

Lassen Sie uns im Fachausschuss darüber diskutieren, wie die Jugendförderung in Berlin am besten und schnellsten gesichert und weiterentwickelt werden kann. Wenn wir die Zukunft dieser Stadt nicht verspielen wollen, müssen wir in junge Köpfe investieren, nicht in Beton. Wir brauchen Kinder, die gern lesen, dringender als eine Zentralbibliothek, Jugendliche, die sich gern bewegen, dringender als eine neue Olympiabewerbung und kluge Köpfe, die die Zukunft gestalten, dringender als eine rückwärtsgewandte Verkehrspolitik, die immer noch auf Autobahn setzt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN –
Was? von der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Burkert-Eulitz! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Simon das Wort. – Bitte sehr!

Roman Simon (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag „Kinder und Jugendliche fördern!“ greift etwas auf, was bereits richtigerweise im Koalitionsvertrag festgehalten wurde. Dort steht, dass unser Leitbild die kinder-, jugend- und familiengerechte Stadt ist. Das Kindeswohl steht für uns im Mittelpunkt des Handelns. Alle Kinder und Jugendliche müssen die Chance auf eigenständige Entwicklung ihrer Persönlichkeit haben.

Die CDU-Fraktion kann bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen an das Wahlprogramm anknüpfen. Das hatte die Überschrift „Das muss sich ändern – die 100 wichtigsten Probleme Berlins und ihre Lösung“. Schon hier hat die CDU das Problem, dass die Jugendfreizeitpolitik zum Fremdwort geworden ist, thematisiert.

[Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

– Danke schön für den Zwischenruf! Sehr produktiv!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD]

Frau Möller! Sie haben von einem Paradigmenwechsel gesprochen, den wir brauchen. Ich finde, es ist richtig, was Sie sagen. Ich finde aber auch, dass bemerkt werden muss, dass die Fraktion Die Linke jetzt einen Antrag stellt, obwohl sie die letzten Jahre Zeit hatte, in diesem Bereich etwas zu bewegen, aber stattdessen untätig bei der Schließung von 160 Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen zugehört hat.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist bemerkenswert.

Das Thema, das Sie aufrufen, ist ein wichtiges, und ich finde, Sie gehen die Sache auch recht vernünftig an. Ich